

Protokoll:	Sozial- und Gesundheits- ausschuss des Gemein- rats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	90
		TOP:	8
Verhandlung		Drucksache:	222/2022
		GZ:	Ref. SI
Sitzungstermin:	18.07.2022		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BMin Dr. Sußmann		
Berichterstattung:	die Herren Peeß und Wacker (beide Jobcenter)		
Protokollführung:	Herr Krasovskij / fr		
Betreff:	Jobcenter Jahresbericht 2021		

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Referats Soziales und gesellschaftliche Integration vom 30.06.2022, GRDRs 222/2022. Sie ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

In kurzen einleitenden Worten verweist BMin Dr. Sußmann auf die Vorlage und die den Ratsmitgliedern ebenfalls elektronisch zugestellte Stellungnahme des örtlichen Personalrates zum Jobcenter Jahresbericht 2021.

Im Verlaufe der folgenden Aussprache bedanken sich die StRin Rühle (90/GRÜNE), Durst (CDU), Dr. Hackl (SPD), Müller-Enßlin (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) und von Stein (FW) bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des städtischen Jobcenters, den freien Trägern sowie allen weiteren Beteiligten für ihre im vergangenen Jahr geleistete gute Arbeit. Dem Dank schließt sich auch die Vorsitzende an.

Durch StRin Rühle wird die aus ihrer Sicht geringe Fluktuationsquote beim Jobcenter als positiv erwähnt (die StRinnen Durst und Dr. Hackl widersprechen dieser Einschätzung im weiteren Verlauf der Aussprache ein Stück weit). In diesem Zusammenhang und vor dem Hintergrund des aktuell allgemeinen Fachkräftemangels begrüßt StRin Rühle die Forderung des örtlichen Personalrats nach einer weiteren Verbesserung des Beschwerde- Verbesserungsmanagements im Amt und einer stärkeren Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als wichtige Schritte, um eine langfristige Bindung von Beschäftigten sicherzustellen. Daneben seien auch regelmäßige Fortbildungs- und

Qualifizierungsmaßnahmen für die Beschäftigten wichtig, sowie flexible Arbeitsformen und die Möglichkeit zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. In diesem Kontext spricht sich StRin Rühle für einen weiteren Ausbau der Telearbeit bzw. der Möglichkeit zum Mobilien Arbeiten beim Jobcenter aus.

Dies wird auch durch Herrn Peeß (Jobcenter) begrüßt. Der Amtsleiter erklärt ferner, dass man die Hinweise aus der Stellungnahme des örtlichen Personalrats ernstnehme und gemeinsam überlegen wolle, wie die Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Jobcenter künftig noch weiter gestärkt werden könnte. Bereits heute gebe es im Amt zahlreiche Beteiligungsmöglichkeiten wie Mitarbeitergespräche mit den Vorgesetzten, Fachtage der Abteilungsleitungen, Teambesprechungen in den Zweigstellen, Jour fixes etc.

StRin Rühle zeigt sich im Weiteren über die hohe Quote von Frauen unter den Beschäftigten des Jobcenters sowie die überdurchschnittliche Quote an weiblichen Führungskräften erfreut.

Auf die Ausführungen der Stadträtin eingehend, berichtet Herr Peeß, dass die Fluktuation im Amt zuletzt erfreulicherweise zurückgegangen sei, was auf eine Zufriedenheit unter den Beschäftigten und einen angemessenen Personalschlüssel hindeute. Allerdings könne eine natürliche Fluktuation angesichts der Größe des Jobcenters nie gänzlich vermieden werden und dürfe nicht per se als etwas Negatives aufgefasst werden.

Der Amtsleiter erklärt weiter, dass im Jobcenter zuletzt erfreulicherweise nahezu alle Stellen besetzt gewesen seien. Vor dem Hintergrund aktueller Ermächtigungen zur Schaffung und Besetzung von Stellen im Zusammenhang mit der Versorgung der Geflüchteten aus der Ukraine macht Herr Peeß darauf aufmerksam, dass angesichts des gravierenden Fachkräftemangels künftig unter Umständen die Einstellungsvoraussetzungen bezüglich Qualifikation und Abschlüssen überdacht und angepasst werden müssten, um den Bedarf des Jobcenters an neuen Kolleginnen und Kollegen decken zu können. Man hoffe hier auf entsprechende Vereinbarungen mit dem Haupt- und Personalamt, um bspw. infrage kommende Bewerberinnen oder Bewerber mit einer fachfremden Ausbildung einstellen zu können.

Bezugnehmend auf den Jahresbericht begrüßt StRin Rühle anschließend, dass die Zielvereinbarung mit dem Land Baden-Württemberg hinsichtlich der zu erzielenden Integrationsquote von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im vergangenen Jahr trotz der Einschränkungen der Corona-Pandemie sogar übertroffen werden konnte.

In ihrer Wortmeldung geht StRin Durst auf die Situation arbeitssuchender Frauen und den Aspekt der Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt ein. Die Stadträtin begrüßt Maßnahmen und Angebote zur Qualifizierung und Vermittlung von Frauen in den Arbeitsmarkt. In diesem Zusammenhang macht sie, bezugnehmend auf die Statistik der Arbeitslosenzahlen, darauf aufmerksam, dass auch im vergangenen Jahr wieder mehr Männer als Frauen in eine versicherungspflichtige Beschäftigung vermittelt werden konnten. Ähnlich äußert sich im Folgenden auch StRin Müller-Enßlin.

Darauf eingehend, bestätigt auch Herr Peeß die Herausforderungen bei der Vermittlung von Frauen in den Arbeitsmarkt. Dies hänge vor allem auch mit einem Mangel an verlässlichen Kinderbetreuungsangeboten (insbesondere auch zu Randzeiten) zusammen, was ein strukturelles Problem sei und nicht alleine durch das Jobcenter gelöst werden

könne. Derzeit würden verwaltungsintern - allen voran durch das Referat Jugend und Bildung - große Anstrengungen unternommen, um das Angebot an Kinderbetreuungs-möglichkeiten in der Stadt in Zukunft auszubauen, damit Frauen mit Kindern eine Beschäftigung oder vorbereitende Qualifizierungsmaßnahme aufnehmen könnten. Der Amtsleiter erklärt zudem, dass unter den leistungsbeziehenden erwerbsfähigen Frauen viele einen Migrationshintergrund hätten, und hier oftmals traditionelle Vorstellungen und Denkweisen im Hinblick auf das Familienleben vorherrschen würden. Veränderungsprozesse im Hinblick auf die Aufnahme einer regelmäßigen Beschäftigung bräuchten gerade bei solchen Frauen häufig etwas Zeit. Zusammenfassend hält Herr Peeß aber fest, dass es in der Landeshauptstadt Stuttgart durchaus eine zufriedenstellende Integrationsquote von Frauen in den Arbeitsmarkt gebe, die sich zuletzt auch noch einmal verbessert habe.

Im weiteren Verlauf der Aussprache verweist StRin Durst darauf, dass trotz der zahlreichen freien Stellen in der Gastronomie und Hotellerie sowie im Handel nach der Lockerung der Corona-Schutzmaßnahmen, die Zahl der Langzeitarbeitslosen sich zuletzt wieder um nahezu 10 % erhöht habe. Nachdem die Stadträtin in diesem Zusammenhang das Sanktionsmoratorium im SGB II thematisiert hatte, vertritt Herr Peeß die Meinung, dass Sanktionen so sparsam wie nur möglich angewendet werden sollten. Er begreift Sanktionen als einen Hinweis auf Versäumnisse im Beratungs- und Vermittlungsprozess, so der Amtsleiter, und plädiert anstatt dessen für eine stärkere Beteiligung der Kundinnen und Kunden des Jobcenters und einen engeren Austausch mit den persönlichen Ansprechpartnern. Der Amtsleiter betont, dass das Sanktionsmoratorium keinen negativen Effekt auf die Integrationsquote gehabt habe.

Im Folgenden stellt StRin Dr. Hackl, beziehend auf den Jahresbericht, fest, dass zu den Langzeitleistungsbeziehenden auch 28 % Aufstocker gehören würden. Die Stadträtin äußert Bedauern darüber, dass die Menschen trotz Beschäftigung nicht von ihrem Lohn leben könnten. Als positiv bezeichnet sie in diesem Zusammenhang die zum 01.10.2022 geplante Erhöhung des Mindestlohns. Sie erkundigt sich nach der genauen Zahl der Personen im Jobcenter Stuttgart, die auf aufstockende Leistungen angewiesen sind.

Im Folgenden macht StRin Dr. Hackl darauf aufmerksam, dass aktuell trotz der zahlreichen offenen Stellen in Ausbildungsbetrieben viele junge Menschen nach ihrem Schulabschluss ohne einen Ausbildungsplatz dastehen würden. Die Stadträtin plädiert dafür, dass sich das Jobcenter künftig für eine noch bessere Vermittlung zwischen Ausbildungsbetrieben und Ausbildungssuchenden einsetzen sollte. In vielen Betrieben sei bspw. nicht bekannt, dass unterstützende ausbildungsbegleitende Hilfen in Anspruch genommen werden können. StRin Dr. Hackl spricht sich zudem für mehr Flexibilität hinsichtlich der Zugangsvoraussetzungen für eine Ausbildung aus. So müssten die Betriebe in manchen Ausbildungsgängen die Bereitschaft aufbringen, auch gute Hauptschülerinnen und Hauptschüler, und nicht nur Absolventen mit mittlerer Reife einzustellen.

Nachdem StRin Dr. Hackl im weiteren Verlauf auf die hohe Zahl der erwerbsfähigen Leistungsbezieher mit einem Migrationshintergrund (4.182 Personen) hingewiesen hatte, berichtet Herr Wacker (Jobcenter) von erfreulichen Integrationsquoten in diesem Bereich. In diesem Zusammenhang thematisiert er allerdings die hohen Kosten für die Unterkunft in Flüchtlingsunterkünften. Diese seien oftmals mit dafür verantwortlich, dass Personen (häufig große Familien) trotz Beschäftigung aufstockende Leistungen beziehen müssten.

StRin Dr. Hackl bittet ferner um einen Bericht über die Arbeit im Modellprojekt "ReFit" im Sozial- und Gesundheitsausschuss (SGA), was durch die Verwaltung zugesagt wird.

In ihrer Wortmeldung möchte StRin Müller-Enßlin wissen, ob es aufgrund der aktuell gestiegenen Lebenshaltungskosten und der hohen Energiepreise bereits Überlegungen im Hinblick auf kommunale Unterstützung von Grundsicherungsempfängern gibt.

Herr Peeß erklärt in diesem Zusammenhang, dass im SGB II die Heizkosten als Bestandteil der Hilfen zur Existenzsicherung vollständig übernommen würden. Die Stromkosten seien davon nicht umfasst. Allerdings könne eine Stromsperre bei SGB II-Leistungsempfängern durch darlehensweise Übernahme der Kosten abgewendet werden.

Anschließend werden weitere wenige Verständnisfragen der Ratsmitglieder zur Vorlage durch die Herren Peeß und Wacker beantwortet.

Abschließend bedankt sich BMin Dr. Sußmann im Namen des Gremiums bei Herrn Peeß, der in Kürze in den Ruhestand eintreten wird, für die jahrelange gute Arbeit für das Stuttgarter Jobcenter und wünscht ihm alles Gute für die Zukunft. Herr Peeß bedankt sich seinerseits bei der Vorsitzenden und den Ratsmitgliedern für die gute Zusammenarbeit.

Danach stellt BMin Dr. Sußmann fest:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss hat von der GRDRs 222/2022 Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Krasovskij / fr

Verteiler:

- I. *Referat SI*
zur Weiterbehandlung
Jobcenter

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Stadtkämmerei (2)
 3. Amt für Revision
 4. L/OB-K
 5. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. *CDU-Fraktion*
 3. *SPD-Fraktion*
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
 5. *FDP-Fraktion*
 6. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 7. *Fraktion FW*
 8. *AfD-Fraktion*

kursiv = kein Papierversand